Saarbrücker Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

1872 — DISSIPAT ATQUE EDUCAT

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1 · Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung · Fernsprecher 70 und 82 · Postscheck 39

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Frk. 11.00. Anzeigenpreise: Die 6gespaltene 40 mm-Zeile 0.45 Frk., Deutschland 10 Pfg. · Amtliche Anzeigen 50 Pfg.

Nummer 65 · Mittwoch, den 19. März 1930 · 59. Jahrgang

Um die Finanzreform im Reich.

Noch keinen Schritt weiter!

Vor der ersten Lesung der Steuer- und Zollvorlagen.

Berlin, 18. März. Die Besprechungen der Finanzsachverständigen der Parteien sind, wie das das BDZ-Büro erfährt, bisher noch um keinen Schritt vorwärtsgekommen. Man kann auch vor dem Parteitag der Deutschen Volkspartei keine sachliche Erklärung nach außen, etwa mit Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer mit den Finanzsachverständigen lediglich die Frage erörtern, wie die erste Lesung der „Steuer- und Zollvorlagen am morgigen Mittwoch vor sich gehen soll, ob man morgen damit fertig werden kann, oder ob auch noch der Donnerstag für die Debatte in Anspruch genommen werden muß.

Der Finanzplan an den Reichsrat.

Berlin, 18. März. Der Reichsfinanzminister hat nunmehr den Finanzplan dem Reichsrat zugeleitet.

Notetat!

Berlin, 18. März. Da die Verhandlungen über das Finanzprogramm noch in kein entscheidendes Stadium gediehen sind, wird der ordentliche Etat 1930 nicht mehr vor den Osterferien vom Reichstag in Angriff genommen werden kann, noch muß, weil der Wirtschaftsrat erklärt, auch in diesem Jahre über mit einem Notetat reisen. Der Reichstag wird alle unter Zuziehung des Reichsrates die Regierung ermächtigen müssen, für einige Monate ihre Ausgaben auf der Grundlage des vorläufigen Etats zu tätigen.

Forderung eines Opfergroschens.

Berlin, 18. März. Reichspräsident von Hindenburg hat die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Liquidationsvertrages unter Gleichzeitig bei er in Anbetracht der Notlage der äußersten Grenzgebiete die Reichsregierung um Vorlage eines Opfergroschens ersucht.

Annahme des Republikschutzgesetzes.

Berlin, 18. März. Das Republikschutzgesetz wurde vom Reichstag in namentlicher Schlußabstimmung mit 265 gegen 150 Stimmen angenommen. Dafür haben nur die Regierungsparteien gestimmt

Demission des hohnischen Kabinetts.

Warschau, 18. März. Der polnische Staatspräsident hat die Demission des gesamten Kabinetts angenommen.

Staatsminister Zyamunt mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Warschau, 18. März. Die Zeitungen des Staatsrechts bestätigen heute mit: Der Staatspräsident hat den Staatsminister Zyamunt beauftragt, das neue Kabinett zu bilden.

Berlin, 18. März. Der deutsche Botschafter in Warschau ist beauftragt worden, den Ministerpräsidenten Prince de Ministerpräsidenten Prince de Ministerpräsidenten Prince de